

Sermannstädter Zeitung

vereinigt mit dem

Siebenbürger Boten.

Ersteinst
mit Ausnahme des
Sonntags täglich. Kofet
für das halbe Jahr 6 fl.,
das Vierteljahr 3 fl., ein
Monat 1 fl.

Postverendung:
Im Inland:
halbjährig 8 fl., viertel-
jährig 4 fl. 50 B.
Im Ausland:
vierteljährig 5 fl.
Redacteur u. Eigen-
thümer
Th. Steinhilber.

Inserate
aller Art werden in der
Steinbühnenischen Buch-
druckerei angenommen: für
Festsetzung die ersten M-
Zeilen der Annoncen-
Bretter, 800 Zeilen, Nr. 60;
für Wien die Annoncen-
Bretter Alois Oppelk
Wollzeile 22, n. Haas-
senstein-Vogel, für Aus-
land: Haasenstein-Vogel
in Berlin, Hamburg, Frank-
furt a. M., Basel u. Paris.
Das einmalige Einlegen
einer einseitigen Gar-
moniezeitung kostet 7 kr., das
2. Mal 6 kr., das 3. Mal
5 kr. 50 B. ercl. der Stem-
pelgebühr à 30 kr.

Abonnements-Bureaus: In Mediasch bei Herrn Joh. Hedrich; in Schäßburg bei Herrn C. J. Habersang, Buchhändler; in Szas-Regen bei Herrn J. G. Kinn, Kaufmann; in Broos bei Herrn J. F. Leonhard, Kaufmann; in Wühlbach bei Herrn J. Leonhard, Kaufmann; in M. Kaschely bei Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchhändler; in Bisfritz bei Herrn C. Schell, Lehrer, woselbst die Abonnements-Beträge franco erbeten werden.

Nr. 255.

Sermannstadt, Montag am 26. Oktober

1868

Amtliches.

(Verleihungen.) Se. Majestät hat die am Neutraer Dom-
erlebte dritte Ehren-Domherrnstelle dem em. Vizebedanten und
Hofrathen Pfarrer Martin Zisch, die vierte Ehren-Domherrnstelle
dem em. Hofrathen Vizebedanten und Bischof Pfarrer Peter Blasko-
wicz, endlich die erledigte Dronter Tit.-Propstie dem Trenesiner Pfarrer
Johann Pollenberger, letzterem tarfrei, verliehen.

Die Erlaubniß, fremde Orden annehmen und tragen zu dürfen,
haben erhalten: der a. o. Professor der k. ung. Universität Hermann
Wamborsy die Decoration des Meßidie-Ordens dritter Klasse und des
Sankt Moritz- und Lazarus-Ordens, und der sachsen-coburg-gothaische
Hofrath Samuel Job de Fancal das Ritterkreuz des brasilianischen
Christus-Ordens.

(Verordnung des kön. ungar. Landesverteidigungs-
Ministeriums an die Jurisdiktionen.) Dem
Herrn Oberkommanden ist von kompetenter Stelle die Weisung erteilt
worden, die Truppenkommanden anzuweisen, daß bei Gelegenheit von
Militärübungen die angebauten Felder, speziell aber die Weingärten nicht
als Übungsterrain zu benutzen sind, das Militär hat dieselben nicht zu
betreten und überhaupt soll der Anbau verschont werden; zugleich wurde
beachtet, daß die zu Beschädigungen Anlagenden nicht nur zur Verant-
wortung gezogen, sondern auch zum Schadenersatz gehalten werden sollen.

Politische Uebersicht.

Unter der Ueberschrift: „Ansichten über die Situation“, schreibt
das „N. B.“: Aus der Feder eines deutschen Politikers, der in Pariser
Regierungskreisen sich viel bewegt, liegt uns ein Brief vor, dessen eigen-
thümlichen und drastischen Zuegang wir unseren Lesern nicht verschweigen
zu dürfen glauben. In Bezug auf die Vorgänge in Polen meint er, daß
man dieses Land entschieden nicht mehr als österreichische Provinz, sondern
als Theil und Stamm des künftigen Polens zu betrachten habe, weshalb
es denn so organisiert werden müßte, daß es den bevorstehenden Kampf
um die Wiederherstellung des gesammten Polenreiches mit Erfolg bestehen
kann. Täglich heißt es weiter in dem Briefe, sollte es dem österreichischen
Volk offen geäußert werden, daß die inneren Reformen keineswegs im
Gegensatz auf die ganz unmögliche Erhaltung des alten Kaiserthums be-
zogen werden, sondern nur in dem Sinne, Österreich zu seiner be-
vorstehenden Aufgabe der Wiederherstellung Deutschlands und Zurückver-
wendung des Auslandes zu befähigen. Das „ganze Deutschland“ kommt sicher zu
Stande, und zwar binnen Kurzem; die Frage ist nur, ob durch Preußen
oder Österreich. Verzichtet letzteres auf die Aufgabe, so erfüllt sie das
andere und Bismarck ist ganz der Mann dazu. Man darf und soll offen
über diese Frage sprechen, sie läßt sich nicht vertuschen und auch nicht ver-
schweigen. Gelingt es Bismarck, d. h. König zu einigen liberalen Konzeptionen
zu bewegen, oder vermag er auch nur glauben zu machen, daß er die
Konzeptionen ernstlich will und beim Nachfolger König Wilhelm's durch-
zusetzen werde, so hat er auch ganz Süddeutschland gewonnen, und was
dann beim ersten Stoße aus Österreich wird, ist kaum zu ermessen. Die
Ungarn sind schließlich für jeden, der ihnen einen starken Schutz gegen
Aussland bietet; das kann wohl ein einiges Deutschland, nicht aber dieses
Österreich mit dem preussischen Feinde im Rücken. Verpricht überdies

das einige Deutschland ein liberales zu werden, welches ihre Unabhängig-
keit und Verfassung respektirt, so wenden sie sich von Wien nach Berlin,
ihren geliebten Franz Joseph für sich in Wien behaltend.

Zu dieser Anschauung politischer Kreise von Paris über die Situa-
tion im Allgemeinen kommt noch folgende Meinung über den Krieg: Öster-
reich, sagt man, kann jeden Tag zum Kriege zwingen; es braucht nur ein
energisches Wort zu sprechen, welches Preußen mit Troß erwidert, Frank-
reich muß dann Österreichs Partei ergreifen und die Sache durchsetzen,
auch wenn Österreich kein einziges Regiment marschiren läßt. Die gegen-
wärtige Lage ist aber auf die Dauer unhaltbar, Frankreich kann nicht ewig
kriegsbereit abwarten, bis es Österreich gefällt, das Signal zu geben.
Frankreich verlangt Offenheit und klare Verständigung oder es befragt
schließlich nur die eigenen Interessen und geht allein vor. Das will sagen:
es müßte sich zuerst mit Preußen und verständigt sich sodann mit ihm, wo-
bei Frankreich den Rhein und Preußen Süddeutschland und Deutsch-Öster-
reich bekäme. Noch ist eine dritte Gefahr. Napoleon verhandelt sich mit
Preußen und Rußland über die Dreitheilung des Kontinents unter die
Vormächte der romanischen, germanischen und slavischen Rassen. Es liegt
so viel Blendendes und Schmeichelndes in diesem Gedanken, daß eine ge-
wisse Erbarmlichkeit hiezu gehört, ihn nicht aufzufassen. Zur Stunde ist
Napoleon noch ganz für unsere Seite, macht man ihm aber das Spiel
gar zu schwer, muß man endlich einen Umschlag befürchten.

Wir haben einige Ursache zu glauben, daß diese Darstellung von
einem Polen herrührt, der in Paris seine und europäische Politik macht,
und seinem Range nach gar wohl in der Lage ist, sich in den höchsten
Regierungskreisen zu bewegen und deren Ansichten so weit zu kennen, als
man sie einem Polen kennen lassen will. Wenn nun auch zwischen den
Ansichten französischer Regierungskreise, selbst der höchsten, und den Ent-
schlüssen des Kaisers Napoleon noch immer ein großer Unterschied besteht,
so ist aus dem voranstehenden Briefe doch zu entnehmen, daß die ganze
höhere politische Atmosphäre Frankreichs eine kriegerische ist.

Entschieden vornehmlich scheint uns aber das zu sein, was der Verfasser
des Briefes so vorwurfsvoll gegen die Leitung der österreichischen Politik
richtet. Es ist eine sonderbare Zumuthung, in Galizien schon Alles auf
den Krieg zuzuspinnen, wenn man auch Ursache hat, allen Orten den Glau-
ben an die vollste Friedfertigkeit Österreichs zu erhalten, selbst wenn man
bei uns so kriegerisch wäre, als man es in einigen Kreisen von Paris
voraussetzt. Hiemit würden wir uns jedenfalls die Kofaten ins Land
bringen, bevor noch Frankreich den nördlichen Streifen eine Diversion
gemacht hätte. Und selbst wenn die Mitwirkung Frankreichs bei einem
Kriege gegen die zwei nördlichen Mächte noch so sicher und sein Eintreten
in den Kampf noch so rasch bewerkstelligt wäre, so fragt es sich, ob es
Österreich zum Vortheile gereichen kann, in der Kriegsnöth von Frankreich
unterstützt zu werden, anstatt es auf das Gegentheil, nämlich auf die Un-
terstützung Frankreichs durch Österreich ankommen zu lassen.

Daß Frankreich diesen Krieg will und denselben entgegenzieht, wird
sogar nunmehr von dem so friedlich gesinnten Pariser Wochenschrift „La
semaine financière“ zugestanden. Nachdem dieses Blatt in voriger Woche
noch in Entwaffnungsgedanken schwelgte, ruft es jetzt aus: „Der Krieg ist
unvermeidlich“, mit dem tröstlichen Beisatz: „aber weit entfernt.“ Wenn
man nun in Frankreich auf den Beginn des Krieges so brennt, wie der
obige Brief andeutet, und zwar, wie begreiflich, weil man nicht immer
bis an die Zähne gewaffnet stehen kann, so ist nicht abzusehen, warum
man nicht dort das starke Wort gegen Preußen ausspricht, welches sofort
zum Kriege führen müßte? Frankreich scheint uns eher in der Lage, die
Initiative zu ergreifen, als Österreich, welches eben erst aus einem un-
glücklichen Kriege herausgekommen ist, und dessen politische wie wirtschaft-
liche Verhältnisse wirklich ein tiefes Ruhebedürfnis erzeugen, gegen welches

keine Regierung aus eigenem Antriebe sündigen kann. Theilnahme irgend
einer Art an einem Kriege müßte sich nur als eine sündliche Nothwendig-
keit herausstellen und jedenfalls dieser Krieg von Anderen herbeigeführt
sein, wenn die Verrückten Österreichs sie billigen sollten.

Eines geht übrigens aus jenem Briefe mit Sicherheit hervor, daß
selbst in den höheren politischen Kreisen Frankreichs Niemand über den
eigentlichen Gedanken des Baron Beust genaue Kunde hat. Da aber eben
diese Unklarheit bis jetzt den Frieden erhalten hat, so hat jedenfalls die
Politik des Baron Beust eher einen guten als einen Mißerfolg gehabt,
wenigstens für Österreich, dem bis jetzt der Ausbruch eines Krieges unter
allen Umständen unangelegen gekommen wäre.

Darum mag aber doch die Warnung des obigen Schreibens berech-
tigt sein, daß die allzu lange Unsicherheit die französische Regierung zu
einem Umschwunge von ihrer jetzigen freundlichen Haltung zu Österreich
veranlassen könnte. Es fragt sich nur, ob auch die maßgebendste Person
in Frankreich, der Kaiser Napoleon selbst, in gleicher Unsicherheit über den
Grundgedanken der österreichischen Politik sich befindet. Eher will es uns
bedünken, daß die höheren politischen Kreise von Frankreich sich in Unklar-
heit befinden. Vielleicht dürfte schon in nächster Zeit auch dieses Dunkel
gestreut werden, wenn sich die neuesten Mittheilungen aus Paris erfüllen,
wornach Drouin de Lhuys die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten
alsbald nach der Rückkehr des Kaisers übernehmen soll. Die Klarheit in
der Stellung Frankreichs wird es dann wohl auch uns erlauben, eine
klare Stellung einzunehmen.

Aus Brüssel wird der „Opinion Nationale“ geschrieben, daß
man daselbst nicht in Abrede stellt, daß das französische Kabinett auf Sym-
pathien im Haag gestoßen sei, welche mächtig dazu beigetragen hätten,
den Abschluß eines Offensiv- und Defensivbündnisses zwischen der nieder-
ländischen Regierung und dem Tuilerien-Kabinett zu Stande zu bringen.
Was auch gewisse deutsche und belgische Blätter sagen mögen, die ohne
Zweifel bei dieser Frage interessiert sind, so ist die Einigung zwischen bei-
den Regierungen eine vollendete Thatsache, welche erst in dem Moment
an die Öffentlichkeit treten wird, wo die Ereignisse daraus eine Noth-
wendigkeit machen. — Der „Leaps“ meint, daß angeht dieser so be-
stimmte lauten Mittheilungen des Korrespondenten der „Opin. Nat.“
ein bloßes Dementi des „Constitutionnel“ nicht genügen dürfte, da diese
Nachricht zu erster Natur sei.

Bei der stattgehabten Vorentscheidung über die amerikanische
Präsidentenwahl hat, wie wir schon früher gemeldet, die republikanische
Partei die Majorität erhalten, somit kann die Erwählung Grant's nach
dem Ausfalle der Wahlen in Pennsylvania, Ohio, Indiana, Maine, Ver-
mont und Connecticut zum Präsidenten als gesichert betrachtet werden.
Pennsylvania zumal wurde, weil in der Mitte zwischen den nördlichen
und südlichen Staaten liegend und die Gefühle beider gewissermaßen in
sich vereinigt, von jeher als entscheidend betrachtet. Wie Pennsylvania
stimmt, so stimmt die Union, ist ein altes amerikanisches Sprichwort. Bei
den Wahlen am 13. Oktober nun erzielten die Republikaner daselbst eine
Majorität von 10,000 Stimmen, wodurch sie 18 Parteimitglieder in den
Kongreß senden, während die Demokraten sich mit 6 begnügen müssen.

Aus dem Reichstage.

Best, 21. Oktober. In der heutigen Oberhausitzung, in
welcher die Minister Wenckheim, Fettes und Horvath zugegen
waren, wurde nach Authentifikation des Protokolls und der Anmeldung
einiger Urlaube, der Bericht der ständigen Kommission des Hauses über
die Rückvergütung der Uebarialablösungen verlesen. Der Bericht empfiehlt
den Gesetzentwurf mit einigen hinfälligen Modifikationen zur Annahme.

Feuilleton.

Die Trauung des Fürsten Eösterházy.

Wien, 21. Oktober.

Die Aristokratie von Wien und Pest war heute Vormittag in Ver-
gung. In der Schottenkapelle auf der Freyung fand um die Mittags-
stunde die Vermählung des Fürsten Paul Eösterházy mit der Gräfin
Marie Trautmannsdorf statt, und zu diesem feierlichen Akte hat-
ten sich die Vertreter der ersten Adelsgeschlechter eingefunden. Lange vor
Beginn der Trauungszeremonie war der geräumige Schottenhof von rich-
tigen Menschenmassen und Equipagen besetzt und nur mit Mühe konnte die
polizeilich ausgerückte Polizeiwachmannschaft den Andrang der Menge ab-
wehren, welche Einlaß in die Kapelle suchte. Begünstigte besetzten die
Logenplätze, die mit Eintrittskarten versehenen Personen bildeten in den
Kapelle führenden Korridoren und Sälen ein dichtes Spalier.

In der mit Blumen reich geschmückten Kapelle sammelten sich die
Gäste, sämmtlich in großer Uniform oder glänzender Toilette. Wir be-
merken hier den Oberhofmeister Sr. Majestät des Kaisers Fürsten Ho-
benlohe, Grafen Brünne, die Fürsten Liechtenstein und Schwarzenberg, die
Prinzen Rinsk, Bruna, Bratislaw, Syceden, Fürstlichen, Lebebour, die
Fürsten Sapieha, Jablonowski und Colloredo, den englischen, schwedischen
und spanischen Gesandten, den Bürgermeister Dr. Zelinka, den früheren
Staatsrath Grafen Chorinsky, mehrere Magnaten in prachtvoller Natio-
nalschmuck, zahlreiche Mitglieder des Herrenhauses, Generale und Stabs-
offiziere. Die Damen waren sämmtlich in überaus prachtvollen Toiletten
erschienen. Die Mehrzahl trug Seidenkleider in den mannigfaltigsten
Schattierungen mit Volants und Spitzenüberwürfen, auf dem Kopfe kleine
Hüte.

Besonders glänzend waren die Toiletten der Fürstinnen Liechtenstein
und Schwarzenberg und der Gemahlin des Fürsten Carlos Auersperg.
Aufsehen erregten durch ihre einfachen, aber dabei außerordentlich geschma-
vollen Toiletten die Töchter des spanischen Gesandten, Torre d'Alon.

Die Großmutter des Bräutigams, die hochbetagte Fürstin Eöster-
házy, wurde auf einem Tragstuhl in die Kapelle gebracht. Mit der
Schwäche ihrer Füße stand das frische vor Freude strahlende Antlitz der
Dame im Widerspruch. Bald war die Kapelle von den Hochzeitsgästen
überfüllt. Die Damen nahmen auf den bereitgehaltenen Stühlen Platz,
während sich die Herren an den Seitenwänden des Saales sammelten.

Die beiden Brautüberläuferinnen, Schwestern der Braut, erwarteten in
Begleitung ihrer Gouvernante die Ankunft der Braut. Die jungen Da-
men waren sehr einfach gekleidet. Sie trugen weiße Seidenkleider mit ro-
safarbenen Bändern aufgeputzt, im Haare Blumen.

Die Braut erschien in Begleitung des Bräutigams und der Eltern.
Gräfin Marie Trautmannsdorf eine schlanke, reizende Blondine, trug ein
weißes Atlaskleid mit kostbarem Spitzenüberwurf, die Hüften von Myr-
then- und Orangenweigen und Brillantknöpfen zusammengehalten, vom
Haupt, das von einem Myrthenkranz umrahmt und durch ein prachtvol-
les Brillantendiadem geziert war, ließ der Brautkleider herab. In den
Händen trug sie ein Gebetbuch und ein Bouquet weißer Kamelien.

Der Bräutigam, Fürst Paul Eösterházy, ein schöner stattlicher Mann,
war national gekleidet. Er hatte einen geknöpften weißen Atlasrock, der
mit Goldblitzen geziert war, breite mit Edelsteinen besetzte Goldspangen
trugen den mit seinem Pelzwerk ausgeschlagenen Dolman aus blauem
Sammet, ein mit Edelsteinen besetzter Gürtel hielt den Kard, den gleich-
falls mit Edelsteinen besetzten Krummstab. Der Kalspar war aus blauem
Sammet, und an kostbarer Agraffe war die Reithose befestigt. Der Va-
ter des Fürsten war gleichfalls in pompöser Nationaltracht; wie überhaupt
ein großer Glanz und Luxus an Toiletten entfaltete wurde, der sich auch
auf die den Herrschaften folgenden Leibkudener erstreckte.

Interessant aber als all' der imponirende Pomp waren die Er-
scheinung des Primas von Ungarn, der den Trauungsakt vollzog, und

die Worte, welche er direkt an das Brautpaar und indirekt an die ver-
sammelte illustre Gesellschaft richtete. Erzbischof Simor mit der Mitra
und dem breiten Bande des Großkreuzes des Stephans-Ordens geschmückt,
trat unter der aus hohen kirchlichen Würdenträgern bestehenden Assistenten vor
das Brautpaar und richtete an dasselbe eine kurze Rede in deutscher
Sprache, deren Kraftstelle wir hervorheben, da sie von allgemeinerem In-
teresse ist. Der Primas sagte nach einigen Einleitungsworten zum Braut-
paar: „Sie gehören beide Adelsgeschlechtern an, die von jeher die besten
Stützen der Kirche und des Staates waren und nie vor den sogenannten
Forderungen der Neuzeit das Knie gebeugt haben. Dies läßt mich hoffen,
daß auch Sie diesem Geiste und dieser Gesinnung Ihrer Ahnen treu
bleiben und für die Sagen der katholische Kirche immer einstecken und
wenn Ihre Ehe gesegnet wird, auch Ihre Kinder heran erziehen werden,
bis wieder bessere Zeiten für die katholische Kirche kommen.“

Der Kirchenfürst schloß die Rede mit der Segenspende für das
Brautpaar. Nachdem die Cerimonie vorüber war, trat Fürst Paul Eöster-
házy auf seinen Vater zu und küßte demselben die Hand, hierauf näherten
sich die übrigen Hochzeitsgäste und brachten dem Ehepaare und den Eltern
ihre Glückwünsche.

Notiz.

(Erweiterung und Verschönerung von Pest-Oden.) Eine
belgische Gesellschaft hat dem Ober-Bürgermeister von Pest einen Plan vorgelegt,
welcher sich die Ausführung mehrerer großartiger Objekte und die Verschönerung
unserer Stadt zur Aufgabe gestellt hat. Es soll nämlich die Margarethen-Insel
durch eine stehende Brücke mit den beiden Städten verbunden und vor der zu
erbauenden Brücke ein Boulevard angelegt werden, der die Stadt in geringer Distanz
vom Stadthaus im Halbkreis umgibt, und die Donau wieder an jenem Punkte
erreicht, wo die Eisenbahn-Verbindungsbrücke den Strom überquert. Der Verkehr
soll durch die Anlage von zwei impavanten Straßenzügen gefördert werden.
Endlich wird ein Schlafhaus, ein Viehmarkt und ein Arbeiterquartier
mit 200 Häusern, sowie ein Kuppelbau projectirt. Die Hälfte der hierfür not-
wendigen Capitalien, 10 Mill. Gulden, will das belgische Consortium, die andere
Hälfte die Stadt herbeizuschaffen. Nach 90 Jahren gelangt die Stadt Pest ohne jegliche
Entschädigung in den Besitz der gesammten Objekte.

22-24
Besser,
Güte zahlreiche Zeug-
ben beim Erzeuger C.
Schäßburg bei Hrn. J. B.
Friedr. Stenner.
Preis 9500!
Fabrik
Eckgewölbe
der
Melpfortgasse
bernen Medaillen einzig
in Verbindung, Baden- oder
in bereit sind, führen wir
Fabrikpreisen an:
bis fl. 8 die allerbesten.
die Schweizer Form, ganz
neue Feinen- und Batist-
bis fl. 8.
bis und ungar. Façon.
aus Keinen oder französis.
bis fl. 2, mit Stidereien
bis fl. 4, mit Schlung und
bis fl. 4, 5, 6 bis fl. 8.
bis fl. 10 in feinstem Damast.
bis fl. 20 in feinst. Damast.
bis fl. 18 die schönsten.
bis fl. 24 die allerhöchste.
bis fl. 30, 35, 40, 50 bis 60 fl.
entweder, 3 Stück Batist-
bis fl. 6 Stück und zwar
und 6 Stück Stidfragen
in deren Diener ein Semb-
lungen hier und in den
rischisches Verlangen von
den.
den, welche nicht
s passen, werden
vour genommen.
den oder Käufer
50 Gulden erhalten
erhalten gratis.
Marktpreis
Ährung)
er 1868.

Besten	Mitt- lerer	Min- derer
fl. ft.	fl. ft.	fl. ft.
4 80	4 53	4 27
3 60	3 33	3 7
2	1 93	1 87
1 60	1 47	1 33
1 60		
93		
8 50		
7		
5 50		
4		
16		
16		
10		
16		
67		
60		
40		
30		
12		
18		
40		

In der Generaldebatte ergreift Obergespan Tomcsanyi das Wort und legt die Geschichte der Ablosungsfrage dar. Er betont, dass die Annahme des Gesetzentwurfes eine Nothwendigkeit sei, denn es sei eine Ungerechtigkeit, dass jene Gemeinden, die ihre Urbarrallasten vor dem Jahre 1848 abgelöst haben, nicht nur keine Entschädigung erhalten, sondern auch zu den Entlastungskosten der übrigen Gemeinden beitragen sollten.

Graf Anton Sztraty misbilligt, dass die Grundentlastung auf Landeskosten durchgeführt wurde, acceptirt jedoch dieselbe als ein fait accompli, an welchem nichts mehr geändert werden kann. Er hat einige finanzielle Bedenken und stellt an die Regierung folgende drei Fragen: Wie groß ist die Anzahl der Gemeinden, die entschädigt werden müssen? Wie groß ist die zur Entschädigung erforderliche Summe? Wird irgend eine neue Belastung daraus in Form von Steuerzuschlägen auf die Steuerzahler erfolgen? — und wie groß wird die neue Last sein?

Justizminister Horvath bedauert dem Verlangen Sztraty's nicht nachkommen zu können. Es sei unmöglich gewesen den Gesetzentwurf von der sehr schwierigen Sammlung der statistischen Daten abhängig zu machen, denn — die Einbringung des gegebenen Wortes darf nicht von derartigen Daten abhängig gemacht werden. Uebrigens könne er versichern, dass die zur Entschädigung nöthige Summe eine unbedeutende sein werde.

Hierauf wurde der Gesetzentwurf in der Generaldebatte einstimmig angenommen. Bei dem 5. § bringt Justizminister Horvath ein durch die Modificationen der Kommission ebenfalls notwendig gemachtes kleines Amendement ein, welches angenommen wurde. Bei dem 8, welcher darüber bestimmt, wenn die Entschädigungsumme nicht anders bestimmt werden kann, infolged Privatverträge nicht anders bestimmen. Minister Horvath bemerkt, dass dies selbstverständlich und daher überflüssig sei; er habe indessen nichts dagegen, wenn das Haus den Zusatz annimmt. Wird angenommen. Nach Annahme aller übrigen Paragraphen folgt die Verlesung der Berichte über das Wuchergesetz.

Nach Vorlesung des Berichtes der ständigen Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Wuchergesetze, empfahl V. Bela Szpithay das Gesetz mit warmen Worten zur Annahme, indem er die national-ökonomische Unhaltbarkeit der Wuchergesetze auseinandersetzt. Er hob besonders das Moment hervor, dass in den Nachbarländern dieselben bereits beseitigt sind, und der weitere Bestand dieser Gesetze das Kapital aus dem Lande drängen würde, was insbesondere vom Standpunkte der drohenden Selbsthilfe aus bedenklich wäre. Hiemit war auch die Generaldebatte erschöpft und der Gesetzentwurf wurde auch in der Spezialdebatte ohne eine wesentliche Debatte angenommen. Nachdem noch das Protokoll der heutigen Sitzung authentisirt wurde, ist der Schriftführer V. Julius Nagy mit der Ueberbringung des Minutes ins Unterhaus betraut worden.

Bei 21. Ust. (Unterhaus) Sitzung. Präsident: Szentivanyi. Schriftführer: Dujanovics und Pais. Minister: Graf Andrássy, Baron Szócs, Horvath, Graf Mikó und Baron Wenckheim.

Fortsetzung der Debatte über die Grundprinzipien der Civilprozessordnung. Zu Punkt 11, welcher bestimmt, dass jede Rechtsangelegenheit die drei Instanzen innerhalb des Besizes durchmachen könne, bringt Nikolaus Szabó das Amendement ein, dass schon nach dem Urtheile der zweiten Instanz die Vollstreckung zu erfolgen habe.

Bónis, gegen dieses Amendement, hebt die Nachteile hervor, die durch diese Bestimmung erfolgen würden, wenn in dritter Instanz ein den früheren Entscheidungen entgegen gesetztes Urtheil gefällt wird.

Halász unterstützt ebenfalls den Antrag der Revisionskommission.

Korcsy Lóth spricht für Szabó's Amendement, widerlegt einige Behauptungen von Bónis' und Halász' und weist insbesondere darauf hin, dass auch in Oesterreich eine ähnliche Praxis besteht und im Interesse des Credits konforme Bestimmungen mit Oesterreich.

Dobolyi spricht für den Antrag der Revisionskommission, Paczelay, Juß und Minister Horvath für das Amendement Szabó's, Demeter Horvath für den Kommissionsantrag, Seder für Szabó.

Bukovics für den Kommissionsantrag, kann mit Rücksicht darauf, dass die Richter der höheren Instanzen befähigter seien, nicht dafür stimmen, dass das Urtheil schon nach der Entscheidung der zweiten Instanz vollzogen werde.

Kabitslaus Somogyi verlangt gleichfalls, dass in summarischen Prozessen ein gleichlautendes Urtheil zweier Instanzen erforderlich sein solle. Vabnay spricht gegen den Antrag Szabó's und ist der Ansicht, dass entweder im Allgemeinen die Appellation von gleichlautenden Urtheilen unstatthaft sein, oder aber jede Prozesssache drei Instanzen durchlaufen dürfen solle.

Aehnlich äußert sich auch der Referent der Central-Kommission E. Horvath.

Bei der Abstimmung wird Szabó's Antrag angenommen. Dubrics beantragt, das ausdrücklich im Gesetz erklärt werden solle, demselben komme keine rückwirkende Kraft zu. Wird als selbstverständlich, daher überflüssig verworfen.

Aehnlich ergreift ein Antrag Székely's der verlangt, dass die Beschlüsse der Juber-Central-Conferenz durch das gegenwärtige Gesetz außer Kraft gesetzt werden, und alle Richter für ihre Urtheile verantwortlich sein sollen.

Moriz Papp schildert die Justizzustände Rumaniens mit den düstersten Farben und beantragt, dass für diesen District erstinstanzliche Gerichte errichtet werden mögen.

Gingegen bemerken mehrere Redner, dass die Justizzustände in ganz Ungarn nicht besser seien, dass aber dem nur bei Gelegenheit der Reform der erstinstanzlichen Gerichte abgeholfen werden könne, was jetzt nicht auf der Tagesordnung stehe.

Medan beantragt, dass die Parteien nur für den Fall, als sie selbst zur Führung ihrer Sache unfähig seien, zur Haltung eines Advokaten verpflichtet sein sollen. — Wird verworfen.

Die von der Centralkommission hervorgehobenen Prinzipien der allgemeinen Zivilprozessordnung sind somit auch in der Spezialdebatte angenommen.

Aus dem Reichsrathe.

Wien, 20. Oktober. (Abgeordnetenhaus.) Vor Beginn der Sitzung gelangten zur Vertheilung: die Regierungsvorlage und der Gesetzentwurf anlässlich der in Prag eingetretenen Ausnahmestände, der Gesetzentwurf bezüglich der Veröhnungsversuche vor gerichtlichen Ehescheidungen, der Handelsvertrag und der Postvertrag mit der Schweiz.

Erst gegen 11 Uhr eröffnet Präsident Dr. Kaiserfeld vor gut besuchten Galerien die Sitzung.

Auf der Ministerbank befinden sich: Laaffe, Plener, Dreitel, Herzl und Berger. Mehrere neugewählte Abgeordnete (Deutsche, Polen und Ruthenen) leisten die Angelobung. Mehrere Erkrankungen und kurze Urlaubsertheilungen werden vom Präsidenten dem Hause zur Kenntnis gebracht und vom Hause selbst einige Urlaubsgesuche bewilligt genehmigt. (Freiherr v. Benuß erscheint im Saale und begibt sich auf

seinen Platz als Abgeordneter.) Dagegen werden einige Urlaube von längerer Dauer vom Hause nicht bewilligt.

Der Finanzminister bringt zwei Gesetzentwürfe ein, betreffend die Gläubigerbank in Graz und einige Abänderungen an dem Statut der Nationalbank.

Minister Dreitel nimmt das Wort: „Aus Anlaß der eben eingebrachten Gesetzentwürfe erlaube ich mir einige Bemerkungen beizufügen über den Standpunkt, von dem die Regierung ausgegangen ist. Wie dem hohen Hause noch erinnerlich sein wird, hat die Regierung in der abgelaufenen Periode einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den das Finanzministerium ermächtigt wurde, gewisse Abänderungen des Bankstatuts vorzunehmen. Diese Abänderungen haben die allerhöchste Sanction erlangt. Der Zweck derselben war einerseits der Gedanke, der Nationalbank die Möglichkeit zu geben, den Verlust der ihr durch die Ausgabe von Staatsnoten erwachsen ist, durch die Erweiterung ihres Geschäftskreises zu ersetzen, und andererseits die Ordnung des Verhältnisses zwischen dem Staate und der Bank namentlich in Beziehung der Garantie eines zehnjährigen Reinertrages. Durch die Ausgabe der Staatsnoten hat sich dieses Verhältnis wesentlich geändert. Die Nationalbank mußte darangehen, das Aktienkapital herabzumindern, und ich habe mich deshalb mit dem ungarischen Ministerium ins Einvernehmen gesetzt, habe die Frage wegen der Rückzahlung der Schuld von 80 Millionen Gulden angeregt. Nach längeren Verhandlungen hat das ungarische Ministerium erklärt, daß es gegen Abänderung der Statuten und Ausdehnung der Befugnisse der Bank keine Einwendung habe, daß es, soweit es für die ungarischen Filialen die Zustimmung zu geben habe, damit einverstanden sei; was aber die Beitragsleistung zu der Million, die für das nächste Jahr notwendig sein dürfte, und die Rückzahlung der Schuld von 80 Millionen Gulden betrifft, hat der Finanzminister erklärt, die ungarischen Länder seien weder zu dem Einen, noch zu dem Anderen verpflichtet. (Rufe: Hör! Hör!)

Die diesfällige Erklärung lautet: „Hinsichtlich der nach Ablauf des Bankprivilegiums einzuwendenden Rückzahlung von 80 Millionen als zinsfreies Darlehen erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß der von Ungarn zu übernehmende Staatsbeitrag im Sinne des §. 1 des 66. Artikel vom Jahre 1867 über die gemeinsamen Angelegenheiten von beiden Legislativen im gemeinsamen Einverständnisse festgesetzt wurde, und daß die von beiden Ministerien abgegebene Kommission sämtliche Staatsschulden in einen Ausweis zusammenfaßt, wozu auch die fraglichen 80 Millionen gehören, und daß im Sinne dieses Uebereinkommens Ungarn die Haftung nur für 312 Millionen übernommen hat. Das ungarische Ministerium ist daher nicht in der Lage, den Standpunkt des österreichischen Ministeriums zu theilen, wobei ich bemerke, daß diese Frage vor Ablauf des Bankprivilegiums und der Feststellung der Valuta nicht zu den dringenden gehört.“

Dem gegenüber mußte die diesseitige Regierung bei ihrer Anschauung verharren. In der erwähnten Vorechnung erscheint allerdings der Betrag von 80 Millionen eingestellt, während der Beitrag von einer Million nicht aufgeführt ist; allein daraus folgt das nicht, was die ungarische Regierung daraus ableitet, daß die zur Haftung der Staatsschuld wurde die seit dem 1. Jänner 1867 bestehende Verpflichtung ausgesprochen und eine Theilung der Schuld keineswegs beabsichtigt. Die Frage ist eine vollständig offene geblieben und der ungarische Finanzminister hat dies zugegeben, indem er am Schluß sagt, daß diese Frage keine brennende sei. Die Regierung ist der Ansicht, daß das Nichtausdragen dieser Frage durchaus kein Hinderniß bilden könne, daß dasjenige geschehen, was in jeder Beziehung als zweckmäßig anerkannt wurde, und wozu auch der ungarische Minister seine Zustimmung gegeben. Die Regierung würde die Aenderung der Statuten bereits bewilligt haben, wenn nicht die Bankdirektion geglaubt hätte, daß vorerst eine Generalversammlung abgehalten werden müsse.

Was die Reduktion des Aktienkapitals betrifft, bedarf es natürlich der Zustimmung des Reichsrathes, weshalb die Vorlage gemacht wird. Die Regierung würde keinen Anstand genommen haben, eine weitere Herabminderung zu bewilligen; allein sie glaubte das Maß dem Gemeinen der Direktoren anheimstellen zu sollen. Man kann mit Sicherheit erwarten, daß durch diese Maßregel die Frage wegen der Subvention ganz verschwinden wird.“

In einer Zuschrift sucht das Landesgericht Prag um die Bewilligung nach, gegen den Abgeordneten Franz Kofler wegen einer im böhmischen Landtage abgegebenen Erklärung über die dort eingebrachte Resolution, das Strafverfahren wegen Verbrechen der Störung der Ruhe des Staates einzuleiten zu dürfen.

Der Vorschlag des Präsidenten, diese Zuschrift einem aus dem Hause zu wählenden Ausschusse von sieben Mitgliedern zu überweisen, wird vom Hause genehmigt; die Wahl dieses Ausschusses wird noch heute erfolgen, die Berichterstattung über den Auschussantrag wird eine mündliche sein.

Minister Graf Laaffe nimmt das Wort: „Hohes Haus! Durch die in beiden Reichshälften im verfassungsmäßigen Wege entstandenen Gesetze wurden den Völkern Oesterreichs freiheitliche Institutionen geschaffen und gewahrt, und die Erhaltung, Kräftigung und Ausbildung wird ein besonderes Bestreben der kaiserlichen Regierung bilden, zumal dieselbe die Integrität der Monarchie nach Innen und Außen wahren und kräftigen will. An diesen freiheitlichen Institutionen unverbrüchlich festhaltend, hält es die kaiserliche Regierung für ihre dringende Aufgabe, zur Wahrung dieser Rechte, der Integrität des Reiches und der Erhaltung eines nach Innen freien und nach Außen kräftigen und mächtigen Oesterreichs auch jene Bedingungen zu sichern, welche der Machterhaltung des Reiches entsprechen.“

Angesichts des Umstandes, als beinahe auf dem ganzen europäischen Continente die Steigerung der Wehrkraft angestrebt wird, erschien es der Regierung angemessen, im Sinne der Gesetze vom 21. December 1867 über die gemeinsamen Angelegenheiten zur Feststellung eines Wehrsystems zu schreiten und einen Entwurf über die Wehrkraft, die Landwehr und den Landsturm zu schaffen.

Indem ich diesen Entwurf dem hohen Hause zur verfassungsmäßigen Behandlung einbringe, erlaube ich mir, auf einige Bestimmungen desselben aufmerksam zu machen. Es wurde die allgemeine Wehrpflicht zur allgemeinen moralischen Grundlage gemacht, weil dies das einzig richtige Princip für die in der Gemeinamkeit lebenden, zur Vertheidigung der gemeinsamen Kräfte verpflichteten Völker angesehen werden muß. Die mögliche Minderung der Dienstpflicht wurde angestrebt und beim stehenden Heere und der Kriegsmarine mit drei Jahren in der Linie und mit sieben Jahren in der Reserve festgesetzt. Die Stärke des Heeres im Friedensstande ist auf 80.000 Mann festgesetzt.“

Der Minister bespricht hierauf die bereits bekannten Bestimmungen des Gesetzes über die zeitliche Befreiung, die einjährigen Freiwilligen u. s. w. und empfiehlt dem Hause schnelle Behandlung. (Wird auf die nächste Tagesordnung gesetzt.) Während der Rede des Ministerpräsidenten-Stellvertreters erscheint der Minister Dr. Sikra im Hause.

Der Vortrag des Grafen Laaffe wird mit lautloser Stille angenommen und das Haus geht zur Tagesordnung über.

Die Regierungsvorlage und der Gesetzentwurf bezüglich der Einführung von Ausnahmeständen wird dem Verfassungsausschusse, der Handels- und Postvertrag mit der Schweiz dem Finanzausschusse, der Gesetzentwurf über die Veröhnungsversuche dem confessionellen Ausschusse, die Nachtrags-Convention zum englischen Handelsvertrag dem Finanzausschusse zugewiesen.

Hierauf schreitet das Haus zur Wahl von zwei Ersatzmännern für

die Commission zur Controle der Staatsschuld, ebenso werden die Stimmgzettel zu den erforderlichen Ergänzungswahlen in den übrigen Ausschüssen abgegeben. — Als Ersatzmänner für die Staatsschulden-Controllcommission wurden gewählt: die Abg. Dr. Kaiser und Lippmann; in den Verrechnungsausschusse: Freiherr v. Beeß; in den Strafgesetzesauschusse: Dr. Heinrich Berger (an Stelle des verstorbenen Mühlfeld); in den Ausschusse für die Organisation des Tabakbaues in dem im Reichsrath vertretenen Länder: Bischof Kucevics; für die Concursordnung: Dr. Demel; für confessionelle Angelegenheiten: Abg. Karbaj und Dr. Kaiser; in den Finanzausschusse: Widzoff; für die Vertheiler: v. Hopfen und (bei der Nachwahl) Wenzky; für das Wasserrecht: Hubicki und für die Strafprozess Ordnung: Bibus.

Die Ersatzwahlen für die Delegation werden auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt. In den Ausschusse für die Affaire Kofler wurden gewählt: Klier, Tschabuschnigg, Keschbauer, vander Straß, Vanhans, Sturm und Ziemialkowsky. Hiermit schließt um halb 2 Uhr die Sitzung; nächste Sitzung am Donnerstag.

Inland.

Kronstadt, 24. Oktober. Die „Presse“ in Wien bringt in einer Korrespondenz von Pest die für sicher ausgegebene Nachricht, im ungarischen Ministerium werde eine neue Municipalverfassung für den Sachnoboden — wie es scheint, eine, der betreffenden Verordnung in den Komitaten und Gellersbühlen ähnliche Vorschriften zu einer liberalen Neuwahl der Kommunitäten und durch diese der Magistrats — ausgearbeitet, die man erlassen und ausführen wolle, indem man sich auf die beiden Beschlüsse bezieht: die Regulativpunkte, die zu Anfang dieses Jahres unter einseitigen Sachsen ausgearbeitet wurden und jetzt noch in Geltung sind, und die Anordnung des ungarischen Kommissars für den fundus regius im Jahre 1848/9, (Moses Verbe, der gegenwärtig Rath im Ministerium des Innern ist) mittelst welcher er die Kommunitäten und Magistrats in den sächsischen Jurisdiktionen auf Grund der Bestimmungen in dem 1848er Reichsgesetz für die ungarischen Städte und Dörfer, im Mai 1849 neu wählen und einsetzen ließ — ein Zustand, welcher nur durch die gemeinsamen späteren Ereignisse vom Jahre 1849 herwärts bis 1861 umgestoßen und unrichtig im J. 1861 wieder in die veralteten Regulativpunkte umgestaltet worden sei.

Die „Kronst. Ztg.“ bemerkt dazu: Diesemnach würde ein Ereigniß in Kronst. bevorstehen, welches die bezügliche Thätigkeit der versammelten Nationaluniversität überholen und überflüssig machen würde.

Wir würden dabei uns vor Allem des Bedauerns nicht erwehren können, daß die Regierung der Universität — die allerdings sehr langsam und schwerfällig arbeitet — sobald sie nun aber dennoch solchen verammelt ist und die Vorschläge zu den dringenden Reformen in Bearbeitung gegogen hat, nicht die Zeit lassen würde, um mit diesen Beratungen zu Ende zu gelangen.

Die Sache steht noch nicht so, daß die Regierung ihre Diktirung damit begründen könnte: es sei mit der Universität nichts zu schaffen und es könne hier nur mit Verordnungen aus der freien Hand geholfen werden. Noch besteht der gute Wille und die Möglichkeit, daß die Universität den Absichten der Regierung mit einer geeigneten Vorlage passend entgegenkommen werde.

Der Universität aber möchten wir die Beschleunigung ihrer Arbeiten an das Herz legen, damit es ihr doch noch gelingen möge, sich im Glauben an ihre nützliche Thätigkeit zu erhalten, bei der Regierung sowohl, als beim Volke.

Schäßburg, 22. Oktober. (Orig.-Corr.) Wenn auch das ganze Jahr hindurch fast Tag für Tag einzelne Exzelleranten und Wagen durch Schäßburg fahren; so geschieht das doch zweimal im Jahre in größeren Massen fast karavaneartig; das erstmal im Sommer gegen den Mediascher Markt, wo die Tannenspäher der östlichen Gebirge ihre Gaben dem mittlern Lande zuwenden, wofür sie von diesem Brod (Wälschhorn) empfangen und das zweitemal im Herbst zur Zeit der Weinlese, wo die Rebe des mittlern Landes ihr wärmendes Feuer den kalten Gebirgsländern liefert. Diesmal will das Fahren bei Tag und Nacht wieder kein Ende nehmen. Es gibt gewiß kein Dorf in dem Theil des Exzellerlandes, in welchem kein Wein wächst, das an diese Zeit nicht einen oder zwei Wagen um frischen Most ins Weinland entsendet. An die Exzeller schließen sich um diese Zeit auch die Hagerländer Sachsen aus der Kesper Gegend, dann die Burgenländer, welche ihren Weg nicht über Großschent nehmen, an. Es ist kein Wunder, daß in den Weinortschäften, wo der Zubring der Käufer ein großer, die Preise des Mostes momentan sich hoch erhalten. So war es jetzt in Lobdors der Fall, wo 90 ft. 8. 9. per Siebenbürger Eimer gezahlt worden; sonst hört man von 70 bis 80 ft. reden; doch hoffen die hiesigen Weinkäufer auf ein Enten der Mostpreise, zumal da an manchen Orten sehr viel gelesen worden und die Qualität des Mostes im Ganzen nicht vorzüglich genannt werden kann; im Durchschnitt hat er hier herum nach der Wagner'schen Mostprobe 11 bis 13 Grade und nur sehr ausnahmsweise 14 bis 15 Grade gehabt.

Schäßburg, 24. Oktober. (Orig.-Corr.) Die Behauptungen unserer neuen Druckerei und neuen Zeitung dauern lange. „Gut Ding will Weile haben!“ werden Sie sagen. Ach erblinden doch beide bald das Licht, daß unsere jungen Welterbesserer hier Seligwerden hätten, ihre Weisheit in reiner Gestalt öffentlich feil zu bieten; denn jetzt wird dieselbe bei der mündlichen Verbreitung gewiß vielfältig geäußert. Mühen wir doch diese Tage hören, daß man in Betreff der bevorstehenden Erhöhung der öffentlichen Steuern statt das Volk darüber aufzuklären, daß ja eine konstitutionelle Regierung und eine so blühende Autonomie, wie sie bereits vorhanden, naturgemäß theurer sei, was doch als das Deak unumwunden gesagt hat, — ihm falsche Vorspiegelungen mache: die erhöhte Steuer werde höchstens ein Jahr dauern, dann müßten die Steuern weit geringer werden, als sie früher, sogar vor dem Jahre 1848 gewesen, da ja der größte Theil der alten Staatsschuldenlast, Gest sei Dank! auf die westlichen Länder gefallen sei. Welch naive falsche Illusionen! Als ob der neue Staat ohne Geld, und zwar ohne viel Geld bestehen könne und man das nach der allgemein acceptirten Theorie Wisnars' nicht von da nehmen müsse, wo es ist! Wo ist aber in der Welt mehr Geld zu finden, als unter den Sachsen in Siebenbürgen?

Was an jeden Staat der Einzelne beanspruchen kann, ist das, daß seine Person, sein gesamtes materielles und geistiges Eigenthum vollständig gesichert sei. Ist das der Fall — und das muß ja bei einer konstitutionellen Regierung, die ja Argusaugen hat, mehr als im absoluten Staat so sein — so zahle man gerne die erhöhten Steuern und trage willig alle Lasten, welche der Staat auferlegt und die man nur tragen kann; dem Staat muß es ja auch daran gelegen sein, nicht durch allzu große Lasten die Steuerfähigkeit seiner Bürger sich selbst zu zerstören.

Ein Rataador der Bewegung und des neuen „rationalen“ Fortschrittes hier — oder das Haupt der Graltados, wie er bescheiden selbst sich nennen soll — hofft übrigens, so erzählt man, als Entschädigung für die erhöhten Staatssteuern in der Durchführung des Prinzips der Gewerbesteuer.

*) Die Autonomie ist etwas Schönes; ja wohl; doch die allzu große Autonomie des Individuums, die bald keine Autorität mehr anerkennt — und namentlich die Autonomie der Räuber und Mörder kann nicht gelobt werden. Oder meinen die Herrn Verbrecher vielleicht, der constitutionelle und autonome Weigen blühe für sie?

Was den H haben mag, das w die auf ihn gewälz haben dem Herrn 1) Der, hiel nicht blind waren, 2) Möge de das für ein Ding und weiter, ob in 3) Möge der sphen Spiritusfabri greuzt, kein Schop Balken, Brettern, Num. des Regent

freiheit auch auf den einzelnen Bürger zugehört haben — bre Geilheit? Sind b st. 16, die man doch Gewerken, wie bei müssen und selbst ununter Waare auf d für Summen werden und dann, w suchen, bei dem i ch will und das Nig'sches, nicht so u dem man unjere Ju und warum soll ich e m Geilheiten jic fähren und verknöb den! Auch die alte keine befohlerten Rebr der Menschheit gewo So unter Obr

Zeichen das Wort fähren soll, hat kein bernen der alten Ze fester; sonst würde wünschen und die W können.

Das Prinzip namentlich im Richt von wegen der dabi in den Kommunal werden.

Relata refero wenn einmal die „ erwartete geeignete

Reps, 18. I wir beinahe glauben jedem Zeitungsblatt sein müßten. Müß als wenn in unser Feuer in diesem Ja

Auch der Rep selben kann man ei noch erbachtes entg lides Has und Oh dies eben nicht da Scham vorzehr, die gebilbet. Aus die und sich bezustellen freilich, wenn noch in kurzer Zeit veru zum Bettler macht.

Diese Sendu so schnell untergräb sind, welche wie der ihre jachtbaren Sp kann nicht anders i außerhalb zu haben und Krümth unter Gemeinde Stein an

Magdalena das W heute die Spuren a ren, wenn ferner de wenige Thiere zum allgemwohlabenden u wüthet in schredene Seit einigen

haben jeden Tag 2 Höhe no h, welche n leicht kein Hornvieh Kranke in die Spit Hauje gebracht zu

Welche Arnu muß, kann sich Jed zwingen, ein Stück vor. Durch das G 21tägige Sperre, i Befürzung, und da Zufahren von Lebe letztere namentlich i

Möge es doc iuche Einhalt zu t sein, alle Maßregeln um nur dem Uebel

Karl s b u r begann die Weinlei den an Trauben re 21. forgesetzt und Zeit fertig sein. T als man es im Reg einigen Orten 14— selbst 18—19 Grad die Reslerion des i worin der frühere der Unwahrscheinl

Was die in die Auszüge nicht weder für noch ge berichtsrafter schin darin ein Beweis m denken“ ausfindig i wöhrlich wahren V nen Brand.

Was den H haben mag, das w die auf ihn gewälz haben dem Herrn

1) Der, hiel nicht blind waren, 2) Möge de das für ein Ding und weiter, ob in 3) Möge der sphen Spiritusfabri greuzt, kein Schop Balken, Brettern, Num. des Regent

so werden die Stimm- den übrigen Ausschüssen...

in Wien bringt in einer Nachricht, im ungarischen...

mach würde und ein liche Thätigkeit der ver-

Wenn auch das ganze taren und Wagen durch...

Die Geburtswachen eitung dauern lange...

den kann, ist das, daß geistiges Eigentum voll-

neuen „rationellen“ For- wie er bescheiden selbst...

arbeit auch auf den Beamten, den Lehrer- und geistlichen Stand für die...

So unter Christophorus. Dieser Held des Tages, der zu seinem...

Relata refero. Ueber alles dies werden wir mehr Licht erhalten,...

Diese Seuche, welche jeden Verkehr hemmt, welche den Wohlstand...

Welche Armut und Noth hieraus notwendiger Weise entstehen...

Karlsburg, 22. October. (S. Kerr.) Montag am 19. d. M.

Was die frühere Angabe der Weinqualität anbelangt, so war...

nennen will, mit Stroh angefüllt, gestanben habe, welches der Ausgangs-

Der Herr Gegenberichterstatter möge sich die Mühe nehmen, noch-

Der Herr Gegenberichterstatter möge sich die Mühe nehmen, noch-

Der Herr Gegenberichterstatter möge sich die Mühe nehmen, noch-

Der Herr Gegenberichterstatter möge sich die Mühe nehmen, noch-

Wien, 22. October. Gerüchtwaise verlautet, daß der Zusammen-

Wien, 22. October. Der Beniziat des Mödlinger Spirals...

Wien, 23. October. Der Verfassungsausschuss nahm das Rekru-

Wien, 22. October. Der Klub der Linken beschloß gegen die be-

Prag, 20. Okt. Das Erscheinen der „Narodni Potrok“ wurde...

Prag, 22. October. Der Redakteur der Wochenchrift „Glas“...

Berlin, 21. October. Die heutige „Kreuzzeitung“ schließt in...

Berlin, 21. October. Der Handelsstag hat den Referenten-

Paris, 20. October. Die „Patrie“ sagt, der gestrige Minister-

Die „Gazette de France“ betrachtet die Beschlüsse als das Pro-

Madrid, 20. October. Ein Decret des Kriegsministers bewilligt...

Belgrad, 22. October. Gestern und heute wurden Rakitschits und...

Belgrad, 22. October. Gestern und heute wurden Rakitschits und...

Hermannstadt, 26. October. Der Unterricht in der romanischen...

Local- und Tagesnachrichten. Hermannstadt, 25. October.

Du Barry's bekräftigende Revaleschüre. — Hinsichtlich wird Niemand mehr die...

Dieses Krantzeil ist durch alle Apotheken zu beziehen oder gegen Postschri-

Stadt-Theater in Hermannstadt: Montag den 26. October 1868:

Die Sanditen, oder: Spitzbuben an allen Ecken.

Für die Abgebrannten in Talmatsch ist bei dem Ortsamte einge-

Telegr. Wiener Cours vom 21. October 1868.

Table with 2 columns: Item name and Price/Value. Includes items like Metallwaaren, Eisenwaaren, and various bonds.

